

Sprengers und die Auslagen für Pulver und Werkzeuge berechnet werden. Das Aufklastern und Ausmessen aber verursache unnötige Kosten. „Wenn die Gemeinde“, so schreibt das Rentamt, „schon Anfangs sich so eigennützig zeigt, daß man die Steine gleichsam Kubiklastweise kaufen soll, so müßte man leider einen andern Platz anweisen, wo die Gemeinde die Steine holen soll.“ Und der Brief schließt „das unterzeichnete Rentamt besorget bei diesem Bau viele Anstände, wenn die Gemeinde schon jetzt den Antrag macht, die Steine zum Bau zu verkaufen.“ Die Vertreter der Gemeinde gaben gegen diese Anschuldigungen am 21. Dezember 1825 beim Oberamt zu Protokoll, daß sie sich nur durch die Ergebnisse der Konferenz vom 19. September zum Richten der Steine hätten bewegen lassen. Die 5 Gulden 24 Kreuzer pro Kubiklast seien lediglich die Kosten für die Besoldung des Sprengers und die Auslagen für Pulver und Werkzeuge. Der Streit verlief dann wohl im Sande, aber wie die Steine noch lange Jahre auf Verwendung warten mußten, so warteten auch die Bürger von Mauren noch viele Jahre auf Zahlung ihrer Auslagen.

Wie schon im Protokoll vom 19. September erwähnt, fand das Projekt Rheinberger nicht die Zustimmung der österreichischen Seite. Straßenmeister Bachmann wurde beauftragt, ein neues Projekt auszuarbeiten und dieses wurde vom Rentamt am 18. Juli 1826 an das Oberamt gesandt. Die Kosten dieses Projektes beliefen sich auf total 25 264 fl 48 kr, wovon die Gemeinde 7345 fl 1 kr als Hand- und Spanndienste und in der Form von Beistellung von Baumaterialien übernehmen sollte. Dies schien auch dem Feldkircher Rentamt zu hoch zu sein und so wurde gleichzeitig von Bachmann auch das Rheinberger'sche Projekt revidiert und die Gesamtkosten desselben wurden mit 6059 fl 22 $\frac{3}{4}$ kr errechnet, der Anteil der Gemeinde davon sollte 1980 fl 4 $\frac{1}{2}$ kr betragen. Juristisch interessant ist beim Schreiben des Rentamtes die Forderung, daß der Erlös, resp. der Wert des Abbruchmaterials und die Einsparung von Zufuhren für dieses Material, das wieder verwendet werden sollte und das mit zirka 460 Gulden veranschlagt wurde, dem österreichischen Aetar als Patron der Kirche auf seinen Kostenanteil gutzuschreiben sei. Das Rentamt ersuchte dann das Oberamt, die Pläne der Gemeinde Mauren zur Stellungnahme vorzulegen und die Beiträge der Gemeinde und des Fürsten bekannt zu geben. Am 21. Juli